

Rosenschon, Astrid

Article — Digitized Version

Zur Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Rosenschon, Astrid (1988) : Zur Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 46-52

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1386>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Von Astrid Rosenschon*

Mit den steuer- und ausgabepolitischen Beschlüssen der Bundesregierung vom November/Dezember 1988 sind die Weichen für die Finanzpolitik des Jahres 1989 gestellt worden. In diesem Beitrag wird die Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1989 skizziert, die nach diesen Beschlüssen und aufgrund der Konjunkturprognose des Instituts für Weltwirtschaft¹ erwartet werden kann. Berücksichtigt werden insbesondere auch die für 1989 anstehende Verbrauchsteuererhöhung sowie die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen. Anschließend wird analysiert, wie die Finanzpolitik in konjunktureller Hinsicht zu beurteilen ist und ob sich neue finanzpolitische Beschlüsse abzeichnen. Zunächst soll aber die Budgetentwicklung im Jahre 1988 dargestellt werden.

1988: Geringfügiger Rückgang der Staatsquote

Die Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) expandierten 1988 mit 4,5 vH rascher als im Vorjahr (3,9 vH) (Tabelle 1). Dabei nahmen die Übertragungen an die übrige Welt mit knapp 20 vH besonders kräftig zu; dies ist auf den starken Anstieg des Finanzbedarfs der EG zurückzuführen. Die Subventionszahlungen des Staates an Unternehmen stiegen mit 5 vH wiederum schneller als die Staatsausgaben insgesamt. Ausschlaggebend dafür waren vor allem höhere Subventionen zugunsten des Steinkohlenbergbaus, die vom Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes an die Elektrizitätswirtschaft gezahlt werden (Kohlepfennig). Diese Zahlungen sollen Kostennachteile ausgleichen, die den Verstromungsunternehmen aufgrund der vertraglichen Verpflichtung entstehen, eine fixierte Menge inländischer Steinkohle einzusetzen, obwohl sie wesentlich teurer ist als konkurrierende Energieträger. Ferner wurde die Airbus-Industrie verstärkt staatlich alimentiert. Die Sozialleistungen an Haushalte dürften mit rund 5 vH rascher als die Bruttolohn- und -gehaltsumme (knapp 4 vH) gestiegen sein. Dazu trug vor allem bei, daß die Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit aufgrund von Leistungsverbesserungen mit rund 15 vH drastisch zunahm, Erziehungsgeld ab 1988 zwölf statt bisher zehn Monate lang gezahlt wird und die Zahl der Rentempfänger, die einen Rentenzuschlag aufgrund angerechneter Kindererziehungszeiten erhalten, kräftig zugenommen hat. Die Entwicklung des nominalen Staatsverbrauchs schwächte sich hingegen leicht ab (auf 3,5 nach 3,8 vH), weil die Löhne im öffentlichen Dienst weniger stark erhöht worden sind (1988: 2 vH im Jahresdurchschnitt gegenüber 3,4 vH im Vorjahr); freilich sind 1988 Arbeitszeitverkürzungen für die Jahre 1989 und 1990 vereinbart worden. Der staatliche Sachaufwand (als zweite Komponente des Staatsverbrauchs) nahm allerdings beschleunigt zu: Das beruhte vor allem darauf, daß die Versicherten vermehrt Leistungen in Anspruch genommen haben, um der höheren eigenen Kostenbeteiligung aufgrund der 1989 in Kraft tretenden Reform des Gesundheitswesens auszuweichen. Zu Mehrausgaben kam es vor allem dort, wo die Patien-

* Die Verfasserin dankt Alfred Boss und Klaus-Werner Schatz für wertvolle Anregungen.

¹ Vgl. den Beitrag von Joachim Fels et al., "Bundesrepublik Deutschland: Zunehmende Angebotsengpässe", in diesem Heft.

Tabelle 1 - Staatliche Einnahmen und Ausgaben in der Bundesrepublik Deutschland
1987-1989¹

	1987	1988 ²	1989 ²	1987	1988	1989
	Mrd. DM			Veränderungen in vH		
Steuern	491,73	511,5	547,5	3,9	4,0	7,0
direkte	245,98	254,0	273,0	3,8	3,3	7,5
indirekte	245,75	257,5	274,5	4,0	4,8	6,8
Sozialbeiträge	350,66	367,0	380,0	3,9	4,7	3,5
Erwerbseinkünfte	27,83	20,5	30,0	-18,0	-26,3	46,3
Sonstige laufende Übertragungen	21,65	25,0	24,0	-4,3	15,5	-4,0
Vermögensübertragungen	6,33	6,5	6,5	7,5	2,7	0,0
Einnahmen insgesamt	898,20	930,5	988,0	2,8	3,6	6,2
Staatsverbrauch	397,18	411,0	420,0	3,8	3,5	2,2
Zinsen	57,85	59,5	61,5	1,2	2,9	3,4
Laufende Übertragungen	413,46	438,0	452,0	5,0	5,9	3,2
an private Haushalte	333,19	349,5	362,0	4,9	4,9	3,6
an Unternehmen	48,10	50,5	51,5	6,5	5,0	2,0
an die übrige Welt	32,17	38,0	38,5	3,2	18,1	1,3
Nettoinvestitionen	33,93	36,0	37,5	2,2	6,1	4,2
Vermögensübertragungen	31,58	32,0	33,5	-0,7	1,3	4,7
Ausgaben insgesamt	934,00	976,5	1 004,5	3,9	4,6	2,9
Finanzierungssaldo	-35,80	-46,0	-16,5	-	-	-

¹ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung nach Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. -
² Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1950 bis 1987. Wiesbaden, September 1988. - Eigene Berechnungen.

ten den Zeitpunkt der Nachfrage beeinflussen können, also bei Zahnersatz, Brillen, Hörgeräten und Kuraufenthalten. Aufgrund dieses Vorzieheffektes zeichnet sich bei den Sachkäufen der Gesetzlichen Krankenversicherung eine Zunahme von reichlich 5 vH ab, verglichen mit 4,4 vH im Vorjahr.

Die Zinszahlungen stiegen um nur etwa 3 vH, obwohl die Verschuldung der Gebietskörperschaften 1987 beschleunigt zunahm. Wahrscheinlich wirkten nach wie vor Umschuldungen in Verbindung mit einem relativ niedrigen Zinsniveau ausgedämpfend. Die nominalen staatlichen Nettoinvestitionen stiegen mit etwa 6 vH deutlich stärker, als dies noch vor Jahresfrist erwartet worden war. Hier spielten wohl die kräftige Expansion der Gewerbesteuer in Verbindung mit kommunalen Nachtragshaushalten sowie die Zinssubventionen, welche die Kreditanstalt für Wiederaufbau für Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums gewährte, eine wichtige Rolle.

Im Jahre 1988 sank die Staatsquote bei einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts von etwas über 5 vH und der Staatsausgaben von 4,5 auf 46 vH gegenüber 46 1/4 vH im Vorjahr. Ohne die zusätzliche Zahlung an die EG (schätzungsweise 3,8 Mrd. DM²) wäre die Staatsquote um einen halben Punkt auf 45 3/4 vH gefallen. Dieser Rückgang entspricht zwar der jahresdurchschnittlichen Abnahme seit 1983. Allerdings hat sich 1988 das konjunkturelle Entwicklungstempo erheblich beschleunigt. Das hat - für sich betrachtet - zu Minderaus-

² Bundesministerium der Finanzen, Finanznachrichten 68/88. Bonn, 9. November 1988, S. 3.

gaben bei den Lohnersatzleistungen geführt und hätte für einen verstärkten Rückgang der Staatsquote genutzt werden können. Die Tatsache, daß die – um die zusätzlichen EG-Transfers bereinigte – Staatsquote trotz des überdurchschnittlichen Anstiegs des realen Bruttosozialprodukts nicht stärker zurückgegangen ist, legt nahe, daß die Ausgabendisziplin nachgelassen hat.

1988: Steueraufkommen übertrifft Erwartungen

Zu Beginn des Jahres 1988 trat die zweite Stufe der Steuerentlastung mit einem Volumen von knapp 14 Mrd. DM in Kraft, wovon 11 Mrd. DM im gleichen Jahr kassenwirksam wurden; dies sind über 2 vH des Steueraufkommens. Trotz dieser Steuerausfälle gibt es für 1988 im Gefolge der sehr kräftigen konjunkturellen Expansion ein Aufkommensplus von 4 vH (Tabelle 2).

Dabei dürfte die Lohnsteuer aufgrund der höheren Löhne und Gehälter und der gestiegenen Beschäftigung um 2,5 vH zugenommen haben. Mehr als dreimal so rasch expandierten die übrigen einkommensabhängigen Steuern, nämlich die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Kapitalertragsteuer sowie die Gewerbeertragsteuer. Dies liegt z.T. daran, daß in den unmittelbar zurückliegenden Jahren die Gewinne deutlich gestiegen sind. Diese Gewinne werden nun verstärkt veranlagt, was sowohl zu höheren Nachzahlungen bzw. verminderten Erstattungen als auch zu höheren Vorauszahlungen führte. Die im Vorjahresvergleich deutliche Zunahme des Körperschaftsteueraufkommens ist allerdings überwiegend dadurch bedingt, daß der Vorjahreswert aufgrund einer Steuererstattung in einem sehr bedeutsamen Fall um rund 2 Mrd. DM gedrückt worden war. Hinzu kommt, daß gewinnmindernde Jubiläumsrückstellungen nur bis zum 31. Dezember 1987 gebildet werden durften. Das um diese Sondereffekte bereinigte Körperschaftsteueraufkommen entwickelte sich bis zum Herbst 1988 rückläufig. Offensichtlich waren die Steuervorauszahlungen in der Phase der drastischen Aufwertung der D-Mark kräftig gesenkt worden. Die Steuern vom Umsatz stiegen um etwa 4,5 vH. Dies entspricht in etwa der Zunahme der Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Das Steueraufkommen insgesamt dürfte im Jahre 1988 erheblich höher ausgefallen sein³, als dies noch vor einem Jahr unter dem Eindruck des Kurssturzes an den Börsen und der Prognosen einer nur mäßigen konjunkturellen Entwicklung erwartet worden war. Verglichen mit der offiziellen Steuerschätzung vom Mai 1988 dürften 7,5 Mrd. DM mehr in die Kassen des Fiskus geflossen sein, auf den Bund entfallen davon über 2 Mrd. DM.

Die Beiträge zur Sozialversicherung stiegen 1988 um rund 4,5 vH und damit stärker als die Brutto Lohn- und -gehaltsumme (knapp 4 vH) (Tabelle 1). Dies liegt zum einen daran, daß der Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung um einen Drittel Beitragssatzpunkt höher war als im Jahr zuvor, und zum anderen daran, daß in diesem Jahr die Beitragsbemessungsgrenze stärker angehoben wurde, als die Einkommen stiegen. Die Erwerbseinkünfte des Staates fielen um über 25 vH, weil dem Bund von der Bundesbank wegen hoher Abschreibungen auf die Dollarreserven ein um über 7 Mrd. DM geringerer Bundesbankgewinn ausgezahlt worden ist. Die sonstigen laufenden Übertragungen an den Staat, die im Jahre 1987 rückläufig waren (-4,3 vH), stiegen 1988 mit 15 vH. Entscheidend dafür war, daß die EG im vierten Quartal 1987 ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr in voller Höhe hatte nachkommen können und rund 1,5 Mrd. DM verspätet überwies. Diese Mittel, die

³ Dies beruht darauf, daß die Entwicklung des Bruttosozialprodukts unterschätzt wurde. Die volkswirtschaftliche Steuerquote wurde vom Arbeitskreis Steuerschätzung im Mai 1988 zutreffend prognostiziert.

Tabelle 2 - Kassenmäßige Steuereinnahmen¹ in der Bundesrepublik Deutschland 1987-1989 auf der Rechtsbasis vom Mai 1988²

	Schätzung für 1988					Schätzung für 1989				
	Arbeitskreis Steuerschätzungen				Steuer- mehr- ein- nahmen ³	Arbeitskreis Steuerschätzungen vom Mai 1988		IfW, November 1988		Steuer- mehr- ein- nahmen ³
	Mai 1988		November 1988			Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM					vH
Lohnsteuer	168,00	+2,3	168,00	+2,3	0	177,80	+5,8	179,15	+6,6	1,35
Einkommensteuer	31,00	+1,0	33,00	+7,5	2,00	31,20	+0,6	34,30	+3,9	3,10
Körperschaftsteuer	29,00	+6,2	29,20	+7,0	0,20	30,00	+3,4	31,20	+6,8	1,20
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	8,40	+6,6	8,70	+10,4	0,30	8,70	+3,6	9,00	+3,4	0,30
Vermögensteuer	5,10	-5,9	5,45	+0,5	0,35	4,90	-3,9	5,20	-4,6	0,30
Erbschaftsteuer	2,16	-3,5	2,43	+8,4	0,27	2,10	-2,8	2,25	-7,4	0,15
Steuern vom Umsatz	123,20	+3,7	124,00	+4,4	0,80	128,80	+4,5	131,10 ⁴	+5,7	2,30
Zölle	5,80	+4,5	6,30	+13,5	0,50	6,00	+3,4	6,60	+4,8	0,60
Tabaksteuer	14,50	0	14,60	+0,6	0,10	14,50	0	14,60	0	0,10
Branntweinabgaben	4,05	-0,5	4,05	-0,5	0	4,05	0	4,05	0	0
Mineralölsteuer	26,50	+1,4	26,90	+2,9	0,40	26,75	+0,9	27,40	+1,9	0,65
Sonstige indirekte Steuern des Bundes ⁵ ..	7,08	+1,1	7,22	+2,0	0,14	7,23	+2,1	7,45	+3,2	0,22
Kfz-Steuer	8,00	-4,4	8,15	-2,6	0,15	8,00	0	8,20	+0,6	0,20
Bier-Steuer	1,25	-0,8	1,27	+1,2	0,02	1,25	0	1,27	0	0,02
Sonstige indirekte Steuern der Länder ⁶	5,10	+3,0	5,27	+6,5	0,17	5,22	+2,4	5,40	+2,5	0,18
Gewerbsteuer	32,40	+3,1	34,40	+9,4	2,00	33,40	+3,1	35,20	+2,3	1,80
Grundsteuer A+B	8,20	+3,7	8,25	+4,3	0,05	8,46	+3,2	8,50	+3,0	0,04
Sonstige indirekte Steuern der Gemeinden ⁷	0,86	-10,4	0,92	-4,2	0,06	0,84	-2,3	0,85	-7,6	0,01
Steuern insgesamt	480,60	+2,5	488,11	+4,1	7,51	499,20	+3,9	511,72	+4,8	12,52

¹ Die kassenmäßige Abgrenzung der Steuern unterscheidet sich von der Abgrenzung der Steuern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In der VGR werden Sonderabgaben einbezogen sowie die Lohnsteuer nach dem Entstehungskonzept und die Erbschaftsteuer als Vermögensübertragung verbucht. - ² Ohne Berücksichtigung der Quellenbesteuerung von Zinserträgen sowie ohne Verbrauchsteuererhöhung. - ³ Gegenüber Arbeitskreisschätzung vom Mai 1988. - ⁴ Einschließlich 1,1 Mrd. DM Mehreinnahmen aufgrund der Kürzung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft. - ⁵ Versicherungssteuer, Kaffesteuer, Schaumweinsteuer, Wechselsteuer, Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Zuckersteuer, Leuchtmittelsteuer, Teesteuer, Salzsteuer und Pauschalierte Eingangsabgabe. - ⁶ Grunderwerbsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Feuerschutzsteuer. - ⁷ Grunderwerbsteuer, übrige Gemeindesteuern.

Quelle: Bundesministerium für Finanzen, Ergebnisbericht über die 87. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 7. und 8. November 1988 in Bonn. - Eigene Berechnungen.

direkt an die nationalen Interventionsstellen fließen, werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als durchlaufender Posten beim Bund, der sie an die Empfänger weiterleitet, verbucht.

Für die staatlichen Einnahmen insgesamt zeichnet sich ein Anstieg von fast 3,5 vH ab. Gegenüber den Einnahmeerwartungen vom Frühjahr 1988⁴ bedeutet dies Mehreinnahmen

⁴ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1988. Kiel 1988, S. 23.

von über 10 Mrd. DM. Das Defizit des Staates insgesamt (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) dürfte im Jahre 1988 um knapp 10 Mrd. DM auf rund 46 Mrd. DM gestiegen sein; dies sind etwa 2 vH des nominalen Bruttosozialprodukts, verglichen mit 1,8 vH im Jahre 1987.

1989: Kräftige Aufstockung der Verbrauchsteuern trotz günstiger Einnahmeperspektive

Im Jahre 1989 werden spezielle Verbrauchsteuern (auf Mineralöl, Tabak, Sachversicherungen) und die Kfz-Steuer für Diesel-Pkw erhöht bzw. neu eingeführt (Erdgassteuer). Das Gesamtvolumen der Mehreinnahmen aufgrund dieser Maßnahmen wird auf 7,5 Mrd. DM geschätzt. Würden die höheren Steuern voll überwältigt, fielen zusätzlich 1 Mrd. DM Mehrwertsteuer an. Die Steuerbelastung wird 1989 auch aufgrund der Quellenbesteuerung von Zinserträgen – das Aufkommen wird auf 3 Mrd. DM geschätzt – sowie aufgrund der Einkommensteuerprogression steigen. Die progressionsbedingten Steuermehreinnahmen beziffern sich bei der Lohnsteuer, die hier entscheidend ist, auf über 5 Mrd. DM. Ferner wird der Kohlepfennig von 7 1/4 vH auf 8,5 vH des Strompreises angehoben; das erbringt Mehreinnahmen von 0,8 Mrd. DM. Insgesamt dürfte die steuerliche Mehrbelastung etwa 17 Mrd. DM betragen.

Das gesamte Steueraufkommen wird 1989 mit 7 vH deutlich rascher expandieren als das nominale Bruttosozialprodukt (4,5 vH), wobei die indirekten Steuern mit 7 vH, die direkten mit 7,5 vH zunehmen (Tabelle 1). Bei den Sozialbeiträgen zeichnet sich allerdings mit 3,5 vH eine gedämpfte Entwicklung ab, da zum einen der Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme 1989 geringer ausfallen dürfte als im Jahr zuvor und zum anderen – wegen der Sparmaßnahmen bei der Gesetzlichen Krankenversicherung – mit geringfügigen Beitragsatzsenkungen (0,2 Punkte im Jahresverlauf) zu rechnen ist⁵. Eine erhebliche Zunahme (rund 50 vH) ist bei den Erwerbseinkünften zu erwarten, da der Bundesbankgewinn für 1988 – nach dem drastischen Rückgang im Jahr zuvor – ein vermutlich wieder normales Niveau erreichen wird; eine um knapp 10 Mrd. DM höhere Bundesbanküberweisung erscheint realistisch zu sein, weil gegenwärtig wenig für einen Rückgang des Dollarkurses auf einen Stand unter 1,58 DM bis zum Jahresende 1988 spricht, zu dem die Dollarbestände der Bundesbank gegenwärtig bewertet sind. Damit sind keine erneuten Abschreibungen auf die Bestände zu erwarten, die den Bundesbankgewinn im Jahr zuvor um 8,6 Mrd. DM minderten, weil der Dollar stark gefallen war⁶. Die Bundesbanküberweisung dürfte den Ansatz im Haushaltsplan 1989 um rund 5 Mrd. DM übersteigen. Die Staatseinnahmen insgesamt werden wohl um etwa 6 vH zunehmen.

Der Beschleunigung auf der Einnahmeseite wird 1989 eine Verlangsamung des Ausgabenanstiegs gegenüberstehen (3 nach 4,5 vH im Jahre 1988). Maßgeblich für die Ausgaben­dämpfung wird vor allem sein, daß der Anstieg des nominalen Staatsverbrauchs wegen der Einsparungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung deutlich flacher verlaufen wird als im Jahr zuvor (1988: 3,5 vH, 1989: 2 vH), insbesondere auch wegen der Vorzieheffekte. Ferner wird sich die Zunahme der Transfers von 5 auf etwas über 3,5 vH abschwächen, weil die Bundesanstalt für Arbeit aufgrund ihrer sehr angespannten Finanzlage Sparmaßnahmen

⁵ Diese Beitragssatzprognose impliziert freilich nicht, daß die im Jahre 1989 realisierten Einsparungen der Gesetzlichen Krankenversicherung voll an die Versicherten weitergegeben werden. Vielmehr ist zu erwarten, daß die Krankenkassen erhebliche Rücklagen bilden werden, weil 1990 Mehrausgaben anstehen (Pflegeversicherung), deren Kosten heute noch nicht verlässlich geschätzt werden können.

⁶ Bei der Bewertung der Währungsreserven gilt das strikte Niederstwertprinzip.

ergreifen wird und sich der Zuwachs beim Arbeitslosengeld, der 1988 aufgrund von Leistungsverbesserungen drastisch ausfiel, wieder normalisieren wird. Auch wird das von den Krankenkassen zu zahlende Sterbegeld gekürzt. Die Ausweitung der Übertragungen an das Ausland, die 1988 sprunghaft angestiegen sind, dürfte sich merklich abflachen (1,5 vH). Aufgrund unerwarteter Budgetüberschüsse der EG im Jahre 1988 muß der Bund 1989 voraussichtlich 2,5 Mrd. DM weniger an die EG überweisen, als ursprünglich erwartet worden ist (nunmehr 2,85 Mrd. DM statt 5,3 Mrd. DM⁷).

Der Überschuß der EG resultiert zum einen aus Mehreinnahmen bei den Zöllen im Jahre 1988, die 1989 zu entsprechenden Kürzungen der nationalen Zahlungen an die EG führen werden. Bedeutsam ist zum anderen, daß die Ausgaben der Gemeinschaft weniger stark zugenommen haben als geplant, weil die Weltmarktpreise für Agrarprodukte aufgrund von Ernteaufschlägen in Drittländern gestiegen sind und sich der Dollarkurs – entgegen den Erwartungen – seit dem Frühjahr 1988 stabilisiert hat. Daher waren bei der Ausfuhr von Agrarprodukten in Drittländer weniger Subventionen erforderlich, um die EG-Agrarpreise auf das Weltmarktniveau herunterzuschleusen.

Bei der hier prognostizierten Entwicklung von staatlichen Einnahmen und Ausgaben sinkt das Staatsdefizit voraussichtlich um fast 30 Mrd. DM (Tabelle 1). Es dürfte absolut etwa 16 Mrd. DM betragen, die Defizitquote demnach von rund 2 vH auf knapp 1 vH des nominalen Bruttosozialprodukts fallen. Dies wird vor allem an den Steuererhöhungen liegen, die sich auf fast 1 vH des Bruttosozialprodukts belaufen werden.

Mehrausgaben aufgrund höherer Verbrauchsteuern?

In der Bundesrepublik hatte die Verbrauchsteuerrückbildung im Frühjahr 1988 eingesetzt, als die Konjunkturaussichten mäßig und die Zunahme der staatlichen Einnahmen als gering eingeschätzt wurden. Nunmehr zeichnet sich ab, daß die Steuereinnahmen des Bundes im Vergleich zur Steuerschätzung vom Mai 1988 für das Jahr 1989 – auf der Basis des damaligen Steuerrechts, d.h. ohne Einbeziehung der Mehreinnahmen aus der Quellenbesteuerung von Zinserträgen und der Verbrauchsteuererhöhungen – um 5,5 Mrd. DM höher ausfallen werden. Der Bund kann überdies mit einer überaus hohen Bundesbanküberweisung rechnen (5 Mrd. DM mehr als geplant). Bereits diese Mehreinnahmen des Bundes in Höhe von knapp 11 Mrd. DM reichen zur Deckung der Zusatzausgaben des Bundes aus: Die zusätzlichen Überweisungen an die EG sollen nunmehr nur 2,85 Mrd. DM statt der ursprünglich erwarteten 5,3 Mrd. DM betragen. Für die Bundesanstalt für Arbeit sind 4 Mrd. DM Liquiditätshilfe⁸ des Bundes veranschlagt, und der Strukturfonds zugunsten finanzschwacher Bundesländer, der im Schlepptau der Verbrauchsteuerrückbildung beschlossen wurde, wird den Bund mit 2,45 Mrd. DM belasten. Der fiskalischen Begründung der Verbrauchsteuererhöhung, daß sich sonst das Defizit des Bundes vergrößern wird, ist somit der Boden entzogen. Trotzdem erhöht die Bundesregierung die Verbrauchsteuern.

Dies hat konjunkturdämpfende Folgen. Die restriktive Steuerpolitik wird auf internationale Kritik stoßen. Denn für das Jahr 1989 zeichnet sich weltweit eine konjunkturelle Verlangsamung ab. Außerdem ist absehbar, daß der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik Deutschland hoch bleiben wird⁹. Wenn die Bundesregierung trotz dieses wahrscheinlichen

⁷ Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1989. Bonn, 5. August 1988, S. 3.

⁸ Die im Haushaltsplan veranschlagten 3,3 Mrd. DM wurden nach den Beschlüssen vom November 1988 um 0,7 Mrd. DM aufgestockt.

⁹ Vgl. Fels et al., a.a.O.

Szenarios auf Steuererhöhungen nicht verzichten will, dann könnte dies darin begründet sein, daß sie künftige Mehrausgaben als unabweisbar voraussieht. Tatsächlich gibt es vielfache Forderungen nach zusätzlichen Sozialleistungen (z.B. Erhöhung des Kindergelds, Aufstockung des Wohngelds, Verlängerung der Bezugszeiten von Erziehungsgeld bei gleichzeitiger Ausdehnung des Kündigungsschutzes), die gegen Ende der Legislaturperiode sicherlich immer dringlicher geltend gemacht werden. Gäbe die Bundesregierung dem nach, dann zeigte sich wieder einmal, daß Mehreinnahmen zusätzliche Ausgaben nach sich ziehen und Ausgabendisziplin nur bei leeren Kassen zu erwarten ist. Eine neue Ausgabenwelle könnte zur Folge haben, daß eine politische Debatte darüber entfacht würde, ob die für Anfang der neunziger Jahre geplante und wachstumspolitisch gebotene Reform der Unternehmensbesteuerung noch finanzierbar ist oder ob sie nicht besser verschoben werden soll. Bei einer Verschiebung würde die Bundesregierung im Urteil der Investoren an Glaubwürdigkeit verlieren. Ratsam erscheint es daher, die Verbrauchsteuermehreinnahmen für zusätzliche Steuersenkungen im Jahre 1990 zu verwenden und entsprechende Beschlüsse möglichst rasch zu treffen¹⁰.

¹⁰ Ein Katalog geeigneter steuerpolitischer Maßnahmen findet sich bei Alfred Boss, Unternehmensbesteuerung und Standortqualität. Ein internationaler Vergleich. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 145/146, November 1980, S. 64 f.